

Fulda, 09. Mai 2022

	Sitzung des Kreistags	Inhalt / Anlass
<b>Antrag</b>	<b>09.05.2022</b>	<b>Dringlicher Resolutionsantrag zu diskriminierenden Äußerungen gegenüber Menschen mit Behinderungen</b>
<b>Beschluss:</b>	<b>Angenommen als Resolutionsantrag von CDU, FDP und SPD, CWE und Bündnis 90/Grüne/Volt</b>	<b>Abstimmung:</b> <b>Dafür: SPD, CDU, Grüne/Volt, AfD, FDP, CWE, Freie Wähler/Die PARTEI, Die Linke.Offene Liste, BfO</b> <b>Dagegen: Bündnis C</b> <b>Enthaltungen: keine</b>

### **Antrag der SPD-Kreistagsfraktion**

### **Dringlicher Resolutionsantrag zu diskriminierenden Äußerungen gegenüber Menschen mit Behinderungen**

#### **Resolutionsantrag:**

Der Kreistag des Landkreises Fulda distanziert klar sich von jedweden Äußerungen, die Menschen mit geistiger, seelischer oder auch anderer Behinderung als störend beschreiben.

Der Kreistag des Landkreises Fulda bekennt sich zur UN-Behindertenrechtskonvention wie sie im Jahr 2009 von Deutschland ratifiziert und damit anerkannt worden ist. Menschen mit einer Behinderung haben dieselben Rechte zur Teilnahme am öffentlichen Leben, wie alle anderen auch.

Der Kreistag des Landkreises Fulda empfiehlt allen Menschen, die Menschen mit Behinderung als störend empfinden, ihre eigene Haltung dringend zu überdenken.

#### **Begründung:**

Ende April tauchten in der Stadt Tann Flugblätter auf, die Menschen mit geistiger und seelischer Behinderung unterstellen, aufgrund ihres Verhaltens und ihrer Anzahl Touristen abzuschrecken. Der Kreistag des Landkreises Fulda darf solche Äußerungen nicht unwidersprochen hinnehmen. Deutschland hat die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert. Ziel dieser Konvention ist „menschenechtlich begründete volle und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen“.

(Die Dringlichkeit des Antrags gem. § 27 (3) der GO wird mündlich begründet.)

**Der Resolutionsantrag wurde in einem gemeinsamen Vorschlag von CDU, FDP, Bündnis90/Die Grünen/Volt, SPD und CWE in folgender Fassung angenommen:**

Im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention, die 2009 in Deutschland ratifiziert wurde, bekennt sich der Kreistag zu Offenheit und Vielfalt in allen Lebensbereichen, zum Miteinander von Menschen mit und ohne Beeinträchtigung. Wir bekennen uns zur Inklusion und unterstützen alle Initiativen, Einrichtungen und ehrenamtlichen Helfer in Vereinen, in sozialen und karitativen Organisationen und sprechen ihnen unseren Dank und Anerkennung aus. Im Landkreis Fulda und seinen Kommunen gibt es eine vorbildliche Infrastruktur und Netzwerkarbeit. Diese wollen wir auch weiterhin unterstützen und pflegen. Dieses Bekenntnis lässt keinen Raum für Ausgrenzung oder Stimmungsmache gegen Menschen mit oder ohne Beeinträchtigungen. Dieses Bekenntnis für Offenheit und Vielfalt fußt auf dem Zeugnis zahlreicher Initiativen im Landkreis Fulda, die bundesweit Vorreiterrollen einnehmen. Diskriminierenden und menschenverachtenden Aussagen stellen wir uns entschieden entgegen.